

# Illustriertes Tageblatt

SÄCHSISCHE HEIMATZEITUNG DES STOLLE-VERLAGS

Ausgabe E mit:

## Elbtal-Abendpost Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse Sächsischer Kurier

Dresden-N., Marienstraße 26, Fernspr. 28700 / Dresden-Blasewitz, Tolkenwitzer Str. 4 Fernspr. 31307

Anzeigenpreis

Die sechsmal gespaltene Millimeterzeile (46 mm br.) oder deren Raum kostet 16 Pfg., ein/höchste 30 Pfg.; die viermal gespaltene Millimeterzeile im Textteil (72 mm breit) oder deren Raum 30 Pfg., ein/höchste 40 Pfg. — Für Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgenommen werden, wird keine Gewähr übernommen. Nachlassanspruch erlischt bei Konkurs oder Zwangsvergleich des Auftraggebers. — Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung ist Dresden. — Verlagsort: Freital

**Bezugspreis**  
Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Der Bezugspreis beträgt monatl. M. 2,-, einjährl. 25 bis 35 Pfg. Trägert. je nach Bezirk; durch die Post bezogen. mon. M. 2,- ohne Zustellgeb., einjährl. 30 Pfg. Postgeb. Preis der Einzelnummer 10, Sonnabdt.-Sonnl.-Nr. 15 Pfg. Für unvollständig eingelangte Beiträge und Bilder wird keine Gewähr übernommen. — Für Fälle höherer Gewalt, Vete- rerbefreiung usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugsgeb. — Verlag: Clemens Landgraf Nachfolger, M. Stolle (Stolle-Verlag), Freital, Gutenberg- straße 2-6, Fernspr. Sammelnummer 67 28 88. — Nieder- legung Dresden, Marienstr. 26, Fernspr. Nr. 28700  
Druckanschrift: Stolle-Verlag

Nr. 274

Dienstag, den 24. November

1936

# Weitgehende Einschränkung des Gebrauchs der U-Boot-Waffe

## Ein neuer Beweis des deutschen guten Willens

Botschafter von Ribbentrop hat am Montag im Auftrag der Reichsregierung an den englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten eine Note gerichtet, in der erklärt wird, daß die deutsche Reichsregie- rung den Bestimmungen über den U-Bootkrieg des Teiles IV des Londoner Seerüchungsvertrages beiträgt und diese als vom 23. November ab für sie verbindlich annimmt.

In den ausgedehnten Nachkriegsverhandlungen über die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen zur See sind internationale Regeln für die Führung des U-Bootkrieges aufgestellt worden, die in Art. 22 des Londoner Vertrages vom 22. April 1930 niedergelegt sind, und zu- nächst von Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan angenommen wurden. Im Verlauf der deutsch-englischen Flottenverhandlungen 1935 hat Deutschland auf englische An- frage hin seine Bereitwilligkeit erklärt, diesen Bestimmungen beizutreten.

Die englische Regierung hat nunmehr, nach- dem auch die Annahmeerklärung von Frankreich und Italien vorliegt, Deutschland auf Grund eines vom 6. Nov. in London von den beteilig- ten Seemächten geschlossenen Protokolls förmlich zum Beitritt aufgefordert. Daraufhin hat am 23. Nov. der deutsche Botschafter in London an den englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten folgende Note gerichtet: In einer Mitteilung vom 9. d. M. hat der Königlich- britische Botschafter in Berlin den Reichs- minister des Auswärtigen Abschrift eines am 6. Nov. 1935 in London unterzeichneten Proto- kolls über die Regeln der U-Bootkriegs- führung gemäß Teil IV des Londoner Ver- trages vom 22. April 1930 übersandt und dabei namens seiner Regierung der Hoffnung Aus- druck verliehen, die deutsche Regierung werde den genannten Regeln beitreten.

Diese Regeln lauten:

1. Bei ihrem Vorgehen gegen Handelsschiffe müssen U-Boote sich nach den Bestim- mungen des Völkerrechts richten, welchen U-Boote unterworfen sind.
2. Insbes. darf, mit Ausnahme des Falles der fortgesetzten Weigerung, zu stoppen, nachdem die ordnungsmäßige Aufforderung hierzu ergangen ist, oder des tatsächlichen Widerstandes gegen Befehligung oder Unterwerfung, ein Kriegsschiff, ein U-Bootschiff oder ein U-Boot, ein Handelsschiff nicht versenken oder zur Seelacht untauglich machen, ohne vorher die Passagiere, die Besatzung und die Schiffsdokumente an einen sicheren Ort gebracht zu haben. Für diesen Zweck werden die Boote des Schiffes nicht als ein sicherer Ort angesehen. Es sei denn, daß die Sicherheit der Passagiere und der Besatzung bei den herrschenden See- und Wetterverhält- nissen durch die Nähe von Land oder durch die Anwesenheit eines anderen Schiffes, welches in der Lage ist, sie an Bord zu nehmen, gewähr- leistet ist.

Die deutsche Regierung hat anläßlich der deutsch-englischen Flottenverhandlungen in der Zusammenfassung der Besprechungen zwischen den deutschen und englischen Flottenkommandanten am 23. Juni 1935 ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Bestim- mungen über den U-Bootkrieg des

Teiles IV des Londoner Seerüchungsver- trages beizutreten.

Demgemäß beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung zu erklären, daß die deutsche Regierung den oben wiedergegebenen Regeln beiträgt und diese als vom heutigen Tag ab für sie verbindlich annimmt.

(Schlußformel.)

gez. von Ribbentrop.

Der deutsche Botschafter v. Ribbentrop suchte Montag vormittag den englischen Minister- präsidenten Baldwin auf.

## Die Tschechoslowakei als Bazillenträger

Dieser tschechisch-sowjetrussische Pakt ist der wahre Bazillenträger in der europäischen Poli- tik. So jämmerlich schlaggriffen und schlecht berechnet das neue französisch-sowjetrussische Militärbündnis auch sein mag, es hätte als solches sich nicht voll auswirken können. Die

Grenzen des Deutschen Reiches und der Sow- jetunion wären durch die dazwischen liegenden Länder auf einem weiten Raum getrennt wor- den. Die selbstmörderische Staatskunst von Dr. Beneš hat alles umgedreht. Frag ist der Schlüssel für Moskau geworden. Die Tschecho- slowakei wurde ein Korridor von 900 Kilo- metern, durch den Russlands Luftflotte im Kriegsfall nach allgemeiner Erwartung ge- radezu in das Reich einfallen kann.

So schreibt der temperamentvolle Garvin in der Londoner Zeitung „The Observer“ unter den warnenden Stichworten „Nicht noch ein- mal wie 1914“ und „Ein Serajewo war genug!“

England hat lange gebraucht, um diese Tat- sächlichkeiten beim richtigen Namen zu nennen. Wir fügen hinzu, daß wir die Stimme Gar- vins nicht zitiert hätten, wenn nicht selbst der „Daily Telegraph“, der alles andere als deut- schenfeindlich, die Rede Garvins in Cambridge über die „Kriegsgefahr“ für das britische Reich dahin auslegte, daß die Grenzen im östlichen Europa — wobei nämlich zunächst an die Tsch- echoslowakei gedacht ist — kein lebenswichtiges britisches Interesse bedeuten.

## Ganze sowjetrussische Regimenter werden nach Spanien eingeschifft

### Moskaus neueste Beschlüsse

Paris, 24. November. Auch in seiner heutigen Ausgabe bringt der „Matin“ Ent- scheidungen über die Umtriebe der Sowjets in Spanien.

Nach den letzten Beschlüssen Moskaus würden Waffen, Munition, Tanks und sogar ganze Truppenteile in gesteigertem Tempo nach Spanien geschickt. Die Transportschiffe würden von sowjetrussischen Kriegsfahrzeugen begleitet.

Nach einem mit den spanischen Bolschewisten getroffenen Abkommen würden sämtliche noch

in deren Besitz befindlichen Flottenstützpunkte der sowjetrussischen Marine zur Verfügung ge- stellt.

Zur Begleichung der Unkosten, die der Sowjetregierung entstehen, werde ein Teil des Goldes der Bank von Spanien verwandt, das bereits in Moskau eingelagert sei.

Der nächste Schiffstransport werde nicht nur Truppen, sondern auch 200 Techniker, Ingenieure und Monteur für Kriegswerkstoffe und Reparat- urwerkstätten für Tanks, Flugzeuge und Ar- tillerie nach Spanien befördern.



Neueste Aufnahme aus Madrid

So sieht es in Madrid als Folge der bolschewistischen Bahnstundtaten aus. Eine Madrider Straße.

Nach „Echo de Paris“ veröffentlicht auf- sehererregende Mitteilungen über das offene Eingreifen Sowjetrusslands in Spanien. In einem längeren Artikel gegen die Bolsche- wisierung Frankreichs erklärt General de Castelnau, nur diejenigen seien absichtlich blind oder taub, deren Regierungen nichts von der umfangreichen Unterstützung der spanischen Bolschewisten mit sowjetrussischem Personal und Kriegsmaterial wüßten. Gleichzeitig verleiht das Blatt, es besitze aus einwandfreier Quelle eine Bestätigung dafür, daß vor etwa 12 Tagen auf dem Seewege ein sowjetrussisches Regiment nach Spanien gekommen sei, das sofort nach Madrid befördert wurde. Dieses Regiment bestehe aus 1000 Mann und werde von einem Oberst und einem vollständigen Offiziers- korps geführt. Während der letzten Kämpfe habe sich herausgestellt, daß am Kampf gegen die Nationaltruppen bei Madrid sehr viel mehr Sowjetrussen als spanische Bolschewisten be- teiligt seien.

## Madrid wieder unter Feuer

Bei wieder einsetzendem auten Wetter setzte die nationale Artillerie am Montag die Be- schichtung von Madrid fort. Ramentlich die noch unbesetzten Teile der nordwestlichen In- nenstadt, die verschiedenen Kasernen und der Stadtteil Rosales wurden unter Feuer ge- nommen.

Ein mit vier spanischen und einem südameri- kanischen Journalisten besetzter Kraftwagen geriet im Park von Casa de Campo auf einen falschen Weg und fiel in die Hände der Roten. Ueber das weitere Schicksal fehlt jede Nachricht. Es wird befürchtet, daß sie erschossen worden sind.

## Ein Mann von reichen inter- nationalen Erfahrungen

Ist General a. D. Hauptel, den die Reichsregie- rung zum Geschäftsträger bei der nationalen spanischen Regierung ernannt hat. Der General, der zu Beginn seiner militärischen Dienstzeit bei der Boxeraufstandes in China bei den deutschen Truppen mit, hielt sich dann längere Zeit zu eingehenden Studien in Rus- land auf, kämpfte dann während des Herero- Aufstandes in Südwestafrika und war nach dem Kriege mehrere Jahre lang als Berater einiger Regierungen in Südamerika. Der Weltkrieg, den sich der General in so vielseitiger Tätigkeit erwerben konnte, wird ihm auf sei- nem neuen Posten zweifellos im Dienst der deutsch-spanischen Beziehungen ausgezeichnete Dienste leisten.

Wie die spanische Nationalregierung dem Auswärtigen Amt mitteilt, hat sie zu ihrem Geschäftsträger in Berlin Botschaftsrat Luis Alvarez de Estrada ernannt.

## Polnische Unfreundlichkeiten

Nachdem zwei Protestversammlungen der deutschen Volksgemeinschaft in Polen wegen der Ent- lassung von sechs deutschen Lehrern behörd- licherseits verboten worden war, berief der Landesleiter der Jungdeutschen Partei, Sena- tor Wiesner, eine Versammlung im Kreise Rentomisch ein, wo er über das Thema „Recht der deutschen Volksgemeinschaft in Polen“ zu spre- chen beabsichtigte. Die Versammlung wurde er- neut mit dem Hinweis, daß durch sie die öffent- liche Ruhe bedroht werden könnte, verboten. Ein Vortrag des stellvertretenden Landes- leiters der Jungdeutschen Partei, Wilhelm Schneider, in Drombora, wurde gleichfalls ver- boten.